

# Dresdner Volkszeitung

Postkasson: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kasson: Gebr. Arnhold, Dresden und Schf. Stanislaw.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 51. Woche vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1 Million R., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden R., Einzelnummer 200 Milliarden R., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Kompariszeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt, für Briefverlegung 10 Pf.

Nr. 294

Dresden, Mittwoch den 19. Dezember 1923

34. Jahrg

## Die verewigte Putzschgefahr

München, 18. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Generalkommissar v. Rahr, Landeskommandant u. Soffow und der Chef der Landespolizei, v. Seifer, erklärten am Dienstag morgen eine Warnung, weil Angehörige vorlägen, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not, die von heute auf morgen zu befehen in feines Menschen Macht liegt, auszunutzen wollen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Vor jedem Versuch der Störung der Ordnung wird nachdrücklich gewarnt. Wer sich an Aufreizungen in irgendwelcher Form — auch als Zuschauer — beteiligt, begeht sich in Lebensgefahr. Die bewaffnete Macht — Reichswehr und Landespolizei — wird die Durchführung ihrer Anordnungen mit der Waffe, wenn nötig mit der Schußwaffe, erzwingen. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Standgerichtsverordnung vom 9. November jeden bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt mit dem Tode oder mit Zuchthaus bedroht.

Dieser Warnung vor einem neuen Putz liegen die Umtriebe zugrunde, die die Nationalsozialisten seit einigen Wochen emsig führen. Die verbotenen Organisationen des Kampfbundes haben im ganzen Oberland eine regelrechte Hausagitation eingerichtet, in deren Verlauf es bereits zu Aufreizungen gekommen ist. Die Behörden haben Kenntnis davon erhalten, daß für Donnerstag auch in München Demonstrationen geplant seien, die bis in die Theater getragen werden sollen. Der äußere Anlaß dafür sind die parlamentarischen Vorgänge um das Ermächtigungsgesetz, durch dessen Vollmacht die verbotenen Organisationen und ihre Freunde in den andern bayerischen Verbänden sich offenbar in erhöhtem Maße bedroht fühlen. Dazu kommt die fortgeschrittene Radikalisierung im Bund „Bauern und Reich“, die sich verschiedene Male bereits bis zu offenen Drohungen mit dem Staatsstreich gesteigert hat. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz nimmt in ihrer Dienstagausgabe scharf Stellung gegen die Radikalisierung des Bundes, indem sie schreibt:

„Wollen die Herren von der Wahlstraße (hier liegt die Villa Bittingers, D. Red.) einen Staatsstreich, etwa eine Renaissade der Kraglombdie vom 8. November? Soll der Bund „Bauern und Reich“ als nationaler Verband auch noch von den eigenen Führern zugrunde gerichtet werden? Man scheint auf dem besten Wege dazu zu sein. Diese unerfreulichen Dinge haben noch eine bedeutende politische Seite: der Bund „Bauern und Reich“ rühmt sich auch heute noch der besten Beziehungen zum Generalkommissar v. Rahr. Die Verantwortlichen, die der politischen Führung des Bundes daraus erwachsen, scheinen bei dieser ganzen Dappolitik gegen die Bayerische Volkspartei keinerlei Berücksichtigung zu finden. Es scheint das Schicksal des Herrn v. Rahr zu sein, daß seine besten Freunde oder wenigstens jene, die sich als seine besten Freunde aufspielen, seine schlechtesten Freunde sind. So wird mit dieser gegen den parteipolitischen Beise nichts anderes erreicht, als daß Mißtrauen gegen den Generalkommissar in Straßen gesetzt wird, auf deren politische und moralische Unterwürigkeit jeder, der in Bayern regieren will, angewiesen ist. Das ist keine Aufbau- und Rettungspolitik, sondern gehört in das Kapitel jener Verirrungen, die den 8. November 1923 in Bayern ermöglichten.“

### Um das Ermächtigungsgesetz

München, 18. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Im Haushaltsausschuß des Landtages wurde am Dienstag das von der Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz beraten. Ein demokratischer Antrag verlangte, daß vor Erlass von Verordnungen auf Grund des Gesetzes ein besonderer Überwachungsausschuß gebildet werden müsse und eine genaue Klärung der Befugnisse des Generalkommissars vorgenommen werde. Der Berichterstatter, Graf Pestalozza (Bayerische Volkspartei), wünschte vor allem die Regierungskunst darüber, ob die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes nicht im Widerspruch stehen mit den Verordnungen des Generalkommissars. Im Gegenstand zu dem Berichterstatter Dr. Müller-Münchinger sprach er sich gegen einen Überwachungsausschuß aus. Finanzminister Straußend entwarf ein trostloses Bild der Finanzlage, die sich in letzter Zeit dem Null genähert habe. Die Einnahmen hätten nicht einmal mehr 1 Prozent der Ausgaben bedeckt, so daß jeden Augenblick die Einstellung der Gehaltszahlungen an die Beamten erfolgen könne. Auch der Minister sprach sich gegen den Überwachungsausschuß aus. In der Aussprache vermehrte Genosse Ademann Angaben des Finanzministers, wie er mit dem Ermächtigungsgesetz das Verbot von 40 Millionen Goldmark im bayerischen Etat ausgleichen wolle. Gegenüber der Forderung des Ministers, die Aufgaben des Reiches in den einzelnen Ländern abzubauen, betonte Genosse Wermann, daß man umgekehrt die Forderung stellen müßte, daß nicht neben dem Reichsparlament immer noch eine Anzahl Landesparlamente bestünden, die alle Reichspolitik machen wollten.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ermächtigungsgesetz im Ausschuß mit allen bürgerlichen Stimmen Annahme finden wird. Die Entscheidung fällt in der Politischen Sitzung des Landtages am Mittwoch. Soll die Regierungsvorlage Gesetz werden, so braucht sie 106 Stimmen mit Ja, die kaum aufzubringen sein werden. Für den Fall der Ablehnung ist damit zu rechnen, daß die Regierung Anträge nicht zurücktritt, sondern auf Grund des Art. 48 ihre Maßnahmen durchführt.

### Die Beamten gegen Reservatrechte

München, 18. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Die von der Bayerischen Volkspartei mit Hochdruck betriebene Agitation für die Rückgabe der Reservatrechte (Post und Eisenbahn) an Bayern löst bei der großen Masse des Personals auf grundsätzlichen Widerstand. Unter Führung der im Reichsbund zusammengeschlossenen freigewerkschaftlichen Organisationen nimmt dieser Widerstand immer mehr gefährliche Formen an. Rummel erklärt auch die Zeitung der deutschen Postgewerkschaft, deren Führer der Hg. Prokofel von der Bayerischen Volkspartei ist, daß man den bekannten bayerischen Wäldern hinsichtlich der Post nur in der Form entgegenkommen könne, daß der Abteilung VII (Posten) des Reichspostministeriums erweiterte Befugnisse zugesprochen werden und daß ebenfalls dem Staat Bayern ein Mitspracherecht in einem bestimmten Umfang eingeräumt werden soll. Der Forderung nach Deckung der früheren Verlehrsbeiträge und als deren Symbol ein eigenes bayerisches Postministerium, könne sich die erdrückende Mehrheit des Post- und Telegraphenpersonals aus sehr realen Gründen nicht anschließen; diesen Wünschen könne die Mehrheit des bayerischen Postpersonals keine Unterstützung angeben lassen.

## Müllers Ufas erledigt!

Das Wehrkreis-Kommando hat sich eine Niederlage gelohnt, mit der es sich lösen kann. In der gestrigen Landtagssitzung konnte Genosse Fellisch mitteilen, er habe in Berlin die Zustimmung erhalten, daß das Wahlstillenverbot nicht aufrecht erhalten wird und heute muß das Wehrkreis-Kommando folgende Bekanntmachung veröffentlichen:

1. Das Reichswehrministerium gibt unter dem 19. Dezember eine Erklärung bekannt, wonach die Aufstellung von Wahlvorschlägen von Parteien, deren Organisationen verboten sind, nunmehr erfolgen kann.

2. Auf Grund dieser Erklärung des Reichswehrministeriums wird meine Verordnung vom 12. Dezember 1923, betr. Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlägen, hiermit aufgehoben.

Dresden, 19. Dezember 1923.

Der Befehlshaber gen. Müller, Generalleutnant.

Das Wehrkreis-Kommando hätte sich diese Niederlage sparen können, wenn es mit der nötigen Sorgfalt geprüft hätte, ob sein Verbot juristisch haltbar und politisch erträglich ist. Aber es ist bisher immer ein Unglück geschehen, wenn die Militärs Politik machen, und das Schicksal des Wahlstillenverbotes zeigt von neuem, daß der militärische Verlehrsgegenstand schleunigst beseitigt werden muß.

Die Aufhebung des Verbotes ist zum Teil ein Erfolg der sächsischen Regierung, die mit größter Energie für die Aufhebung des ungesetzlichen Verbotes eingetreten ist. Die Aufhebung von der Aufhebung des Verbotes war die beste Antwort, die Genosse Fellisch auf die Kruppellose Rede Wälders geben konnte, der gestern im Landtag die Unversöhnlichkeit gegen den Wahlrechtsraub des Generals Müller getan. Nützlich gegen den Wahlrechtsraub des Generals Müller getan. Ebenso Kruppellos wie sein Parteigenosse Wälders begibt der Kommunist Lieberach bei der Behandlung der Erwerbslosenfrage gegen die Sozialdemokratie. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß die Sozialdemokratie, und besonders die

sächsische Regierung, alles tut, was sie kann, um dem Erwerbslosenstand zu begegnen, daß ihr aber durch die Verordnungen des Reiches und den Mangel an Mitteln die Hände gebunden sind. Aber es stehen ja wahrlich Wahlen vor der Tür, ein Anlaß mehr für die Kommunisten, sich bei ihren Verschönerungen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie noch weniger Beschränkungen aufzuerlegen als sonst.

### Fort mit dem Ausnahmezustand!

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wandte sich am Dienstag erneut an die Reichsregierung wegen Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Der Fraktionsvorbund bezog sich bei diesem Schritt auf einen Beschluß des zuständigen Reichsratsausschusses, der mit 16 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung einen Antrag angenommen hat, den Reichspräsidenten um die Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in ein ziviles Ausnahmezustand zu ersuchen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ging über diesen Antrag hinaus und begründete sein Verlangen auf befehlung die Aufhebung des Ausnahmezustandes überhaupt damit, daß die augenblicklichen Verhältnisse eine Grundlage zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht bieten und die Eingriffe der Militärbefehlshaber in Dresden und Weimar in die Hoheit der betr. Landesregierungen nicht mehr erträglich seien, weil sie mit den Verhältnissen eines geordneten Rechtsstaates nicht in Einklang zu bringen sind. Bei dieser Gelegenheit legte der Fraktionsvorbund der Reichsregierung nahe, dem Reichstag bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Ausführung des § 48 der Reichsverfassung in den Grenzen garantieren sollte, die den Vätern der Weimarer Verfassung damals vorgeschwebt haben.

## Neuwahlen oder Koalition?

Von Max Sachs, M. d. L.

Die Verhandlungen, die gemäß den Beschlüssen des letzten Parteitages mit der kommunistischen Partei geführt wurden, haben kein Ergebnis gebracht. Die Kommunisten lehnten es ab, eine sozialistische Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie brachten vielmehr im Landtag einen Auflösungsantrag ein. Das Vorgehen der Kommunisten mag von ihrem Standpunkt aus ganz konsequent sein. Es ist ihnen nicht gelungen, die Sozialdemokratie zu der Katastrophopolitik zu bringen, die sie wünschen. Deswegen haben sie kein Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Ob die proletarische Mehrheit des Landtages bleibt oder nicht, ist ihnen offenbar gleichgültig. Wahrscheinlich würde es den Kommunisten ganz in den Kram passen, wenn wir in Sachsen eine bürgerliche Mehrheit und eine Reaktionsregierung bekämen. Sie glauben offenbar, daß sie dann leichter ihre Agitationsgeschäfte treiben können.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich redlich Mühe gegeben, die Kommunisten zu positiver Arbeit heranzuziehen. Von der Dresdner Volkszeitung ist diese Politik mit allem Nachdruck unterstützt worden, weil es ein großer Gewinn für die proletarische Sache wäre, wenn es gelänge, eine geschlossene Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterschaft herzustellen. Jetzt hat sich unabweislich herausgestellt, daß die Hoffnungen auf eine Wandlung der kommunistischen Partei für absehbare Zeit unerfüllt bleiben. Die kommunistische Partei ist heute noch genau so putschrisch wie im Frühjahr 1921, wo sie einen Teil der mitteldeutschen Arbeiterschaft in einen sinnlosen Aufruhr hineintrief.

Infolge der Haltung der kommunistischen Partei muß mit einer Landtagsauflösung gerechnet werden. Die bürgerlichen Parteien werden voranschreitlich für die Landtagsauflösung stimmen, wenn keine Aussicht besteht, daß dem Landtag die Bildung einer neuen Regierung gelingt. Und das scheint jetzt bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen nur möglich durch eine Verflechtung der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei. Die sozialdemokratische Fraktion glaubt, die Verantwortung für eine Landtagsauflösung nicht tragen zu können und hat deswegen die Landesinstanzen der S. P. D. ersucht, recht bald einen Parteitag einzuberufen, der über die Frage der Landtagsauflösung entscheiden soll.

Wiederholt haben wir hier ausgeführt, daß die Sozialdemokratische Partei eine Landtagsauflösung nicht zu fürchten hat. Die militärische Willkürherrschaft und die reaktionären Maßnahmen der Regierung Marx müssen und werden von den Wählern der Sozialdemokratischen Partei vielen Arbeitern die Augen darüber öffnet, wie schlecht ihre Interessen bei der S. P. D. aufgehoben sind. Aber die Politik ist kein bloßer Sport. Wenn die Politik der S. P. D. jetzt auf eine Landtagsauflösung hinauszielt, so läßt sich das nur dann rechtfertigen, wenn die Aussicht besteht, daß der zukünftige Landtag andere Mehrheitsverhältnisse aufweist als der gegenwärtige. Eine Wandlung der Mehrheitsverhältnisse im sächsischen Landtag kann nur eintreten, wenn die proletarische Mehrheit verloren geht, oder die Sozialdemokratische Partei sogleich Mandate gewinnt, daß sie allein ohne Hilfe von rechts oder links eine Regierung bilden kann. Den ersten Fall können wir bei unserer Betrachtung ausschalten. Gehen wir in einen Wahlkampf hinein, so selbstverständlich nur in der Hoffnung und in der Absicht, unsern Mandatsbesitz zu vergrößern. Aber die Wahlen der letzten Zeit haben meist ergeben, daß eine sehr starke Verschiebung der Stimmenverteilung zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Parteien nicht stattfindet. Eine sozialdemokratische Mehrheit aber konnten wir nur dann erhalten, wenn wir bei den Wahlen 25 Prozent an Stimmen und Mandaten gewinnen. Gelingt es uns aber nur, unsern Besitz zu halten oder einen Zuwachs von etwa 2 bis 4 Mandaten zu erkämpfen, so haben wir bei der Regierungsbildung dieselben Schwierigkeiten wie jetzt. Und wenn auch die S. P. D. mit den besten Hoffnungen in den Wahlkampf gehen kann, die Gefahr eines Verlustes der proletarischen Mehrheit besteht deswegen, weil die S. P. D. durch den Belastungszustand in ihrer Agitation behindert ist. Außerdem ist es möglich, daß bei den Wahlen die Lösung des Regierungsproblems in dem neuen Landtag noch mehr Schwierigkeiten machen als jetzt. Die Aussichten, daß Wahlen die Verhältnisse in Sachsen grundlegend ändern, sind also gering.

Deswegen muß jetzt mit allem Ernst der Frage näher getreten werden, ob die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung möglich ist. Voraussetzung dafür wäre, daß die Demokraten bereit sind, in einer solchen Regierung eine wirklich fortschrittliche demokratische Politik zu treiben. Selbstverständlich können sich unsere Partei auf keine Bedingungen einlassen, die einen Abbau der in den letzten Jahren erzielten Errungenschaften bedeuten.

Daß wir die Abneigung unserer Genossen gegen eine derartige Verbindung bei der Haltung der sächsischen Demokraten sehr wohl verstehen, haben wir schon wiederholt ausgeführt. Dringend zu wünschen ist, daß auch die Demokraten sich darüber klar werden, wie sehr ihre Politik die Schuld daran trägt, wenn viele Arbeiter von einer Verbindung der S. P. D. mit ihrer Partei nichts wissen wollen. Aber es heißt jetzt, den Taktischen in die Augen sehen. Es ist die Pflicht unserer Partei, das Volk und die Arbeiterschaft vor den Gefahren, die ein Wahlkampf mit sich bringt, zu schützen, wenn sich vor-